

Gibt es einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise?

Autor(en): **Bühler, Klaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335996>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine solche Entwicklung bliebe auch nicht ohne Einfluß auf die Aussichten für künftige Sozialisierungen. Widerstand gegen Sozialisierung auf der einen Seite, überstürzte und übertriebene Maßnahmen auf der andern — beides ist zu einem erheblichen Teil zurückzuführen auf die außerordentliche Zuspitzung der ideologischen Gegensätze. Bei objektiver Betrachtung und unter Berücksichtigung realer Zweckmäßigkeiten ließen sich in vielen Streitfragen durchaus brauchbare Kompromisse erzielen. Und gerade aus der Mannigfaltigkeit der deutschen Sozialisierungsversuche können sich Erfahrungen ergeben, die auch jenseits der deutschen Grenzen von Nutzen sein werden.

KLAUS BÜHLER

Gibt es einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise?

I.

Betrachtet man die Wirtschaftskrise, in der die Welt sich befindet, vornehmlich von der *Produktionsseite*, ohne den verwirrenden «Geldschleier», so wird sie in ihren Zusammenhängen klarer und läßt, so scheint uns, vorurteilsfreiere Schlußfolgerungen zu.

Ausgangspunkt ist logischerweise eine Bilanz des Krieges und der Kriegswirtschaft — in großen und allgemeinen Zügen. Das erste, worauf man stößt, ist der ganze *Komplex vernichteter Werte*. Als ein zusammengefaßter Posten stellen sich dar: die Zerstörung und der Verschleiß von materiellen Hilfsmitteln der industriellen Produktion, auch Kapitalgüter genannt — Industriewerkstätten aller Art, Maschinen, Transportwege und -Mittel usw. Dazu kommen die Verluste an Menschen, das heißt an Arbeitskräften, wobei besonders zu berücksichtigen der unverhältnismäßig hohe Ausfall männlicher Personen im arbeitskräftigsten Alter, durch Tod oder Verkrüppelung. Dieses störende Mißverhältnis macht sich noch empfindlicher bemerkbar infolge der mangelnden Ausbildung der überlebenden Jugendlichen, in Form einer Verknappung gelernter Arbeiter, durch Herabsetzung des Bildungsniveaus ganz allgemein und in allen Berufen, last not least durch den Niedergang der Moral, durch Arbeitsunlust usw. Die desaströse Wirkung dieses Faktors wird weiter verschärft durch das Mißverhältnis zwischen unzureichender Entlohnung der Arbeit und der bequemen Möglichkeit, weit höhere und leichtere Verdienste durch illegale oder halbille-gale Geschäftemacherei,

Schwarzhandel usw., zu erzielen. Ein *circulus vitiosus*, dessen Ursprung der Krieg, während seine Ausdehnung und Verderblichkeit in hohem Maße durch die Nachkriegspolitik gefördert werden. Hinzu kommt Unterernährung, Unterversorgung, was die durch die Kriegsentbehrungen und Anstrengungen bereits herabgesetzte Leistungsfähigkeit noch weiter herabdrückt. Diese kurz, selbstverständlich in keiner Weise erschöpfend skizzierte Situation gibt, natürlich mit Gradunterschieden, allen vom Krieg direkt heimgesuchten Ländern, also fast ganz Europa und Asien, das Gepräge. Indirekte Auswirkung ist auch in den vom Krieg nicht unmittelbar betroffenen Ländern, wie Schweiz und Schweden, zu spüren. Davon ausgenommen ist im großen und ganzen die westliche Hemisphäre, Amerika, die USA in erster Linie.

Was die *Landwirtschaft* angeht, so leidet auch sie unter der Zerstörung oder Verschlechterung ihres Hauptproduktionsmittels, des agrarischen Nutzbodens, am Mangel von Arbeitskräften, Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen usw.

Eine doppelte Aufgabe steht also vor den vom Krieg betroffenen Ländern beziehungsweise Erdteilen: einmal die Deckung der Bedürfnisse der *Konsumenten*, ihres Nachholbedarfes vom Taschentuch bis zur Wohnung, der laufenden Ernährung, Bekleidung usw., und zweitens des *Neuaufbaus des zerstörten und gestörten Produktionsapparates*. Diese Reihenfolge bedeutet natürlich keine Einteilung nach Prioritätsanspruch. Rein wirtschaftlich gesehen, käme der Neuschaffung von Kapitalgütern, des Produktionsapparats, der Vorrang zu; doch läßt sich eine theoretisch-rationell scharfe Scheidung solcher Art aus politischen, sozialen und selbst aus wirtschaftlichen Gründen in praxi nicht durchführen, weil der «Faktor Mensch», seine Leistungsfähigkeit, sein psychologisches Verhalten selbstverständlich in allen Konsequenzen zu beachten und einzukalkulieren ist.

II.

Um von dieser Ausgangslage nicht doch noch zu falschen Schlußfolgerungen zu kommen, muß man sich der *Kriegsursachen* erinnern und sich hüten, sie zu simplifizieren. So gewiß der Krieg durch das Naziregime *ausgelöst* worden ist, so hat er doch noch andere und tiefer reichende Wurzeln. Und die Hauptwurzel war, sooft es auch von interessierter Seite geleugnet wird, die *privatkapitalistische Wirtschaft*, deren Sprößlinge – verleugnete, «illegitime» – Faschismus und Nazismus waren. In der Tat gehört dieser Krieg, wie andere vor ihm, zu den Versuchen, die kapitalistische Krise mit Kanonen aus der Welt zu schießen, konkreter gesprochen: dem, was man

euphemistisch «Überproduktion» nennt, ein Ende zu setzen. Daß «Überproduktion» nur vom kapitalistischen, vom Profitstandpunkt aus besteht, braucht wohl kaum betont zu werden. Jedenfalls hatte der Krieg die Aufgabe, *kapitalistische Leerräume* zu schaffen – was ihm nur zu gut gelungen ist. Aber er hat zugleich im Gesamtproduktionsapparat der Weltwirtschaft gewaltige, an sich mit ziemlicher Sicherheit vorausschaubare, von den kapitalistischen Kriegsmachern in *dieser* Weise aber *nicht* vorausgesehene Verschiebungen, Gewichtsverlagerungen mit sich gebracht und das Grundproblem nicht etwa gelöst, sondern – auch vorausschaubar! – seine Lösung mit den *alten Methoden* nur erschwert, vielmehr noch aussichtsloser gemacht.

III.

Rufen wir uns diese Verschiebungen in großen Zügen in die Erinnerung zurück. Welche Gebiete es sind, die von den Kriegsverheerungen betroffen wurden, ist bereits erwähnt. Dem Verlust an Produktivkraft auf dieser Seite steht *Gewinn* auf der andern gegenüber. *Der Produktionsapparat Amerikas*, in erster Linie derjenige der USA, hat eine bedeutende Erweiterung erfahren; desgleichen ist seine technische Leistungsfähigkeit gewachsen. Das gilt nicht nur für den industriellen, sondern auch für den landwirtschaftlichen Sektor. Weiter ist eine mächtige *Ersatzindustrie* aufgebaut worden, deren Tätigkeit eine weitere Verschiebung im weltwirtschaftlichen Produktionsapparat, der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und der Austauschbeziehungen bedingt. Beispiel: Synthetischer Gummi mit seiner Rückwirkung auf die Erzeugungsländer von Naturgummi: Malaya, Indonesien. Dazu kommt die Industrialisierung einer Reihe von Gebieten, die bis dahin in der Hauptsache einerseits Lieferanten von Agrarerzeugnissen und verschiedenen Rohstoffen und andererseits Abnehmer von Fertiggütern waren: südamerikanische Länder, Indien, aber auch Australien, Kanada oder Südafrika und andere mehr.

Der *Verlustträger* dieser Entwicklung ist in erster Linie *Europa*, und im besonderen *Westeuropa*, Großbritannien und Deutschland inbegriffen. Darauf wird noch in anderem Zusammenhang zurückzukommen sein. Diese am weltwirtschaftlichen Prozeß hervorragend beteiligte Region hat weiter – Großbritannien ist nur der eklatanteste Fall – den größten Teil ihrer überseeischen Kapitalanlagen eingebüßt, deren Erträge, eine notwendige Ergänzung zur heimischen Güterproduktion bildend, die Passivität der Handelsbilanz ausglich. Einen weiteren Ausfall erleidet sie durch die Zerschneidung des kontinentalen Europas in eine westliche und eine östliche Interessensphäre,

wird doch dadurch ein traditionelles Absatz- und Austauschverhältnis gestört und reduziert, das zwar nie so ausgebaut war, wie es rationelle Bewirtschaftung erfordert hätte, aber immerhin doch, natürlichem Gefälle folgend, gut eingespielt war und vorteilhaft für beide Seiten funktionierte¹. *Ansätze* mindestens zur Entwicklung eines regionalen Großwirtschaftsraums Europa sind durch diese Trennung vernichtet worden.

Wenn wir das Gebiet der Sowjetunion in diese Betrachtung nicht einbeziehen, so aus dem ohne weiteres einleuchtenden Grund, daß es schon vor dem zweiten Weltkrieg zum größten Teil außerhalb der (kapitalistischen) weltwirtschaftlichen Verflechtung stand.

IV.

Zusammengerechnet dürften diese Änderungen ergeben, daß der Produktionsapparat der Welt, vor allem der industrielle, als Ganzes in seiner Kapazität nicht nur nicht verkleinert, sondern faktisch, und zumal potentiell, sogar *vergrößert* worden ist. Der Zweck des Krieges, soweit er das Grundübel der kapitalistischen Wirtschaft heilen sollte, ist also *nicht erreicht* worden. Zwar kann sich das kapitalistische Amerika der Vereinigten Staaten als *den* Kriegsgewinner betrachten, aber auch es trägt den inhärenten Krankheitskeim des Kapitalismus in sich. So groß und reich sein einheitliches nationales Wirtschaftsgebiet ist, sein Produktionsapparat, so wie er vorhanden, mehr noch: wie er sich zu entwickeln strebt, ist, solange seine Verwendung dem Prinzip der «freien» oder der reinen «Marktwirtschaft» und nicht dem der sozialen Bedarfsdeckung folgt, selbst für sein weites nationales Absatzgebiet zu ausgedehnt. Denn unter dem Kapitalismus, erinnern wir uns daran, bedeutet Nachfrage immer nur *kaufkräftige* Nachfrage. Genügend kaufkräftig aber, um die von ihr selbst erzeugten Produkte aufzunehmen, ist die arbeitende, also die Masse der Bevölkerung eines Landes unter dem Kapitalismus niemals. Es läuft dies dem Wesen dieses Wirtschaftssystems stracks zuwider; das ist jedem ohne weiteres klar, der den geringsten Begriff von Wesen und Funktion des Mehrwertes hat.

Eine der faktischen und erst recht der potentiellen Leistungsfähigkeit des amerikanischen Produktionsapparats entsprechende *kaufkräftige* Nachfrage

¹ Man darf den Anteil des agrarischen Europas, das heißt der *nicht* am Marshall-Plan beteiligten Länder, an der Versorgung Westeuropas jedoch nicht überschätzen. Ihr Export an Nahrungsmitteln deckte noch nicht einen Viertel der Erfordernisse der am Marshall-Plan beteiligten Staaten.

besteht aber auch nicht in den durch die Kriegsverwüstungen künstlich geschaffenen kapitalistischen Leerräumen. Natürlich ist ihr Güterbedarf riesig. Nicht nur Großbritannien lebt unter dem Zeichen der «austerity» – gemildert durch eine (aus sozialen Gründen) unvermeidliche Schuldenwirtschaft; was sich als *Inflation* bemerkbar macht, ist im Grunde nur ein Phänomen und besonderer Ausdruck dieser Tatsache. Und hier sieht man sehr deutlich das, mit den alten Methoden unlösbare, Dilemma, vor dem die kapitalistische Wirtschaft steht. Arbeitet der amerikanische Produktionsapparat nach seiner vollen Kapazität, theoretisch also hundertprozentig, so dürfte er, zumal wenn neue Erfindungen nutzbar gemacht würden, imstande sein, einen sehr großen Teil des wirklichen Weltbedarfes an Gütern zu decken. (Eine irgendwie präzise Angabe ist natürlich unmöglich; daß sie sich in einer planwirtschaftlich-genossenschaftlich zusammenarbeitenden Welt annähernd eruieren ließe, ist eine andere Sache.) Aber auch das Wenige, was wir in dieser Beziehung wissen, berechtigt uns, von dieser Annahme auszugehen, zumal sie durch das Faktum des *Marshall-Plans* gestützt wird.

Dieser ist ja kein reines Wohltätigkeitsinstitut – wurde übrigens von Mr. Marshall nie als solches deklariert –, sondern hat, von seiner auch politischen Bedeutung abgesehen, den Zweck, Amerikas «Überproduktion» abzusetzen. Nicht in erster Linie die gegenwärtige – es besteht an manchen Gütern, die Europa dringend nötig hat, augenblicklich sogar Knappheit, was von amerikanischer Seite propagandistisch-zweckbewußt unterstrichen wird –, sondern die in Zukunft drohende. Mag sie auch nur einen kleinen Prozentsatz der amerikanischen Gesamtleistung ausmachen – man denkt schätzungsweise an etwa 7 bis 10 Prozent –, so wirken solche «Spitzen», wenn unabsetzbar, in der kapitalistischen Wirtschaft doch wie Sand im Getriebe, machen den Unterschied zwischen Prosperität und Krise aus.

Weil es diese «Spitzen» – das alles gilt, wohl gemerkt, nur für die «freie» Wirtschaft, die das ökonomische Glaubensbekenntnis US-Amerikas ist – anders nicht «loswerden» kann, «verschenkt» Amerika sie zu einem Teil an die Marshall-Länder. Der Marshall-Plan soll deren ökonomischen Aufbau fördern. Wieder nicht aus reiner Menschenliebe. Der Kapitalist liebt es nicht, Geschenke zu machen. Er rechnet – Zug um Zug – mit Gegenleistung. Das war, wenn auch unvollkommen und unter ständig wachsenden Störungen – Zeugnis die zunehmend sich verschärfenden Krisen – im Gefüge der bisherigen Weltwirtschaft noch einigermaßen möglich. So bezog, um das obenerwähnte Beispiel wieder aufzunehmen, Amerika Naturgummi aus den Erzeugungsgebieten Südostasiens; England lieferte eben dahin Industrieerzeugnisse, vom Lendenschurz des Kulis bis zur Bohrmaschine, und bezog seinerseits aus dem Erlös

(den anfallenden Dollars) wieder Güter aus Amerika. Nehmen wir (unter Außerachtlassung der Kautschuk-Spekulationskrisen) einmal an, daß die südostasiatischen Gummipflanzungen im Ausmaß der Vorkriegszeit wieder in Gang gebracht werden – doch hier stocken wir schon. Amerika hat seine Fabriken für synthetischen Gummi; sein Bedarf an Naturgummi, vor allem südostasiatischer Provenienz, dürfte trotz gesteigertem Verbrauch geringer sein als vor dem Krieg, weil es unter anderem, schon aus strategischen Gründen, nach Möglichkeit in dieser Hinsicht «autark» sein möchte. Die Folge: entweder «Überproduktion» an Kautschuk in Südostasien oder rigorose Einschränkung dieses wichtigen Wirtschaftszweigs; so oder so verschmälert sich dieses Absatzgebiet für England, eine wichtige Einkommensquelle trocknet aus – die störende Rückwirkung auf die amerikanische Wirtschaft ergibt sich nach dem vorher Gesagten ohne weiteres. An diesem, die komplizierteren weltwirtschaftlichen Bedingungen vereinfachenden *Modellbeispiel*, das man sich auf multilateralen Handelsverkehr ausgedehnt vorstellen muß, sieht man auch die Hauptursache der *Dollarknappheit* in aller Welt und wohl auch die Unmöglichkeit, sie mit kapitalistischen Methoden an der Wurzel zu heilen.

Machen wir eine weitere Annahme, auf welcher der Marshall-Plan als Konzeption wesentlich aufgebaut ist: Nach vier Jahren ungefähr, also um 1952, soll der Produktionsapparat der Marshall-Länder neu errichtet, modernisiert, europäisch-regional mehr oder weniger aufeinander abgestimmt und um so und so viel Prozent leistungsfähiger geworden sein. Europa – oder bleiben wir bei Westeuropa – wäre annahmegemäß imstande, das, was es aus den Vereinigten Staaten beziehen muß, durch Gegenleistungen abzugelten. Aber wird Amerika mit seinem erweiterten Produktionsapparat und, wie oben dargelegt, beschränkten nationalen Absatzgebiet imstande sein, diese Gegenleistung direkt oder auf einem weltwirtschaftlichen Umweg, von dem wir ein Beispiel gegeben, seinerseits aufzunehmen? Alles spricht *gegen* eine solche Voraussetzung. Folge: «Überproduktion», nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen, der Annahme nach wieder voll arbeitenden Welt, Krise, Krach, Arbeitslosigkeit – erneuter Versuch, die Krise noch einmal – diesmal mit Atombomben! – aus der Welt zu schießen. Das ist nach menschlichem, von Wunschdenken freiem Ermessen der wahrscheinliche Gang der Entwicklung.

V.

Aber gibt es denn einen Weg, aus solchen Schwierigkeiten herauszukommen? *Nicht* unter der «freien», nicht unter der sogenannten Marktwirt-

schaft, deren Apologeten nicht über die eigene Nasenspitze, geschweige denn über den Wall ihrer Dogmen und Vorurteile hinaussehen. Darüber muß man sich klar sein. Rein theoretisch und prinzipiell erscheint die Lösung sehr einfach: planvoll geordnete Arbeitsteilung mit dem Ziel der Bedarfsdeckung im Weltmaßstab, Weltsozialismus mit einem Wort. Man braucht wohl kaum hinzuzusetzen, daß selbst, wenn alle andern entsprechenden Voraussetzungen gegeben wären, bei der Durchführung zahllose Stationen von «trial and error», wie die Angelsachsen sagen, von Versuchen und Irrtümern, zu durchlaufen wären. Doch nicht das ist der springende Punkt. Tatsächlich fehlen, was zu beweisen überflüssig, die Voraussetzungen und werden noch auf absehbare Zeit fehlen, so daß man dieses Problem füglich beiseite lassen kann.

Bleibt die Frage, ob es nicht eine zweit- oder drittbeste Lösung gibt, die unter Berücksichtigung der heute gegebenen Bedingungen, zu denen auch die psychologischen gehören, der Verwirklichung näher gebracht werden könnte? Sie ist im Marshall-Plan tatsächlich enthalten und andeutungsweise vorgezeichnet. Diese Lösung heißt: *Schaffung einer Wirtschaftsunion Westeuropa*. Man hat im allgemeinen, gefühlsmäßig und gedanklich zu sehr mit den Einzelstaaten verhaftet, keine rechte Vorstellung von der wirtschaftlichen Größe und Bedeutung eines solchen Verbandes, dem die sechzehn Länder des Marshall-Plans unter Einschluß von Westdeutschland angehören würden. An Bevölkerungszahl – etwa 270 Millionen Menschen – übertrifft dieses Gebiet sowohl die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion. An Kohle, Stahl und Chemieprodukten, den Grundlagen der industriellen Wirtschaftsstruktur Westeuropas, erzeugte es in der Vorkriegsperiode etwas mehr als die Vereinigten Staaten. Die landwirtschaftliche Leistung steht auf einem sehr hohen Stand. Das Bild wird noch günstiger, wenn man die *afrikanischen Kolonien* Westeuropas einbezieht, ergänzt durch die Verbindungen Großbritanniens mit Australien, Neuseeland und Südafrika im gleichen Maße wie bisher. Es würde zu weit führen, durch einen Vergleich von Produktionsziffern vor dem Krieg im einzelnen darzutun, daß Westeuropa hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen hinter Amerika im wesentlichen nicht zurücksteht. Als Beispiel nur: Die Produktion an *Metallen* in den Vereinigten Staaten und Südamerika zusammen belief sich 1938 auf (rund) 67,7 Millionen Tonnen, die Westeuropas allein auf 45,8 Millionen und im British Commonwealth (*ohne* Indien und Kanada) auf 18 Millionen Tonnen, zusammen also auf 63,8 Millionen Tonnen. Für andere *Mineralien* sind die Ziffern ebenso eindrucksvoll. Sie lauten: 578,3 Millionen Tonnen für beide Amerikas und 591,9 Millionen Tonnen für das vorerwähnte zusammengefaßte westeuropäische Gebiet. An *Nahrungsmitteln* erzeugten die Vereinigten Staaten 169,6 Millionen Tonnen, Westeuropa (wie

oben) 156,6 Millionen Tonnen. Ungünstiger ist der Vergleich in bezug auf *vegetabilische Öle* (ein Drittel der Weltproduktion in beiden Amerikas, ein Siebentel in Westeuropa), aber es bieten sich bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten in Afrika (Erdnuß-Pläne). Das gleiche gilt für *Baumwolle* (die Hälfte der Weltproduktion von Amerika), während mehr als die Hälfte der Weltproduktion an *Wolle* wieder aus dem westeuropäischen Gebiet kommt. Hier wäre im übrigen die Erzeugung von *synthetischen* Fasern und Stoffen zu berücksichtigen. Am Weltexport von Fertigwaren in Höhe von annähernd 10 Milliarden Dollar Wert war Westeuropa mit beinahe 7 Milliarden beteiligt.

Es ist zu betonen, daß es sich hier nur um ein paar Beispiele handelt. Dargetan werden sollte, daß eine Wirtschaftsunion Westeuropa an produktiven Hilfsquellen hinter den beiden aktuellen Weltmächten, den USA und der UdSSR, keineswegs zurücksteht – wohlgermerkt: als ein *wirtschaftliches Ganzes*. Aber Westeuropa war bisher sowohl in bezug auf Import wie Export in weit höherem Maße am Welthandel beteiligt als irgendein anderes Wirtschaftsgebiet und dementsprechend abhängig vom Weltmarkt. Vom Weltimport (1938) nahm Westeuropa *allein* 50 Prozent auf, am Weltexport waren die betreffenden Staaten zusammen mit 39 Prozent beteiligt. Dabei ist jedoch zu beachten, daß von den 89 Prozent der *Importe* Gesamteuropas, die auf die westeuropäischen Länder entfielen, *zwei Drittel* aus andern europäischen Ländern bezogen wurden und nur ein Drittel aus der übrigen Welt. Das Verhältnis in bezug auf *Exporte* war fast das gleiche.

Eine Reihe von Gründen, die zum Teil im Vorhergehenden bereits aufgezeigt sind, machen es offenbar, daß in der so gründlich veränderten Nachkriegswelt die Aufrechterhaltung dieser Wirtschaftsweise seitens der westeuropäischen Einzelstaaten, Großbritannien eingeschlossen, ein Ding der Unmöglichkeit ist. Deutlich weist die Entwicklung auf die Bildung von kontinentalen oder regionalen Wirtschaftsgebieten hin. Für Europa oder, da eine andere praktische Möglichkeit nicht gegeben, für Westeuropa ist die Schaffung einer solchen Wirtschaftseinheit eine Frage von Sein oder Nichtsein. Die Möglichkeiten, die sich dann für Massenproduktion, Standardisierung und Rationalisierung der Wirtschaft, für den Ausbau des Binnenmarktes und des Absatzes *innerhalb* dieses Wirtschaftsraums bieten, lassen sich erahnen. Dieses Gebiet wird *nicht autark* sein, und Autarkie sollte auch nicht erstrebt werden. Aber seine bisherige *Abhängigkeit vom Weltmarkt* müßte aus Gründen der Selbsterhaltung entschieden reduziert werden. Das braucht keineswegs zu einer «Störung» der weltwirtschaftlichen Beziehungen und Arbeitsteilung zu führen (als ob da noch etwas zu «stören» wäre!), sondern ruft im Gegenteil der *Neuregelung der Beziehungen* auf einer andern Grundlage

als derjenigen des Weltfreihandels. Man muß und kann sich vorstellen, daß eine solche «Dritte Union» oder «Dritte Kraft» oder wie man sie nennen mag, des Vorteils der *Einheit* wie die beiden Supermächte Rußland und Amerika teilhaftig und ihnen dann an wirtschaftlicher Kraft ebenbürtig, auf gleichem Fuß mit ihnen zu verhandeln vermag. Wenn, gemäß unserer Annahme und wie man erwarten darf, in diesem einheitlichen Wirtschaftsgebiet die Bedürfnisse der Mitgliederstaaten der Union oder Föderation mehr und mehr aufeinander abgestimmt werden und dementsprechend rationell-planmäßige Arbeitsteilung sich durchsetzt, dann wächst auch die Wahrscheinlichkeit, daß in ähnlicher Weise der Austauschverkehr zwischen den Großwirtschaftsreichen – zwischen Amerika und Europa in erster Linie – aufeinander abgestimmt, eine rationellere Arbeitsteilung nach den optimalen Produktionsbedingungen vorgenommen, bei prosperierender Volkswirtschaft die Aufnahme für «Produktionsspitzen» des Gegenparts wechselseitig erweitert und das Gespenst der «Überproduktion» allmählich gebannt wird. Müssen wir hinzusetzen, daß mit diesem Blick in die Zukunft eine *mögliche*, nicht eine «zwangsläufig»-sichere Entwicklung vorweggenommen wird?

Es wird nicht an ängstlichen Gemütern fehlen, die sofort den Teufel eines Rivalitätskampfes zwischen den (vorläufig) dann bestehenden drei Blöcken an die Wand malen. Das ist sicherlich nicht ausgeschlossen; wahrscheinlicher jedoch ist, daß die Einschaltung einer «Dritten Kraft» zwischen die beiden feindlichen Supermächte als *Element des Ausgleichs* wirken wird. Das hängt natürlich sehr von der gesellschaftlichen Natur dieses Gebildes ab; im übrigen aber gibt es keine hundert- und auch keine siebzigprozentige Sicherheit, daß ein *von der Notwendigkeit* gebotener Schritt gefahrlos ist. Wer solche verlangt, bevor er handelt, wird nie einen Schritt wagen und hoffnungslos im Sumpf des längst Überholten steckenbleiben und versinken.

Sehr vieles hängt, wie wir schon sagten, von der *gesellschaftlichen Natur* des zu schaffenden regionalen Großwirtschaftsgebietes ab. Denkt man dabei nur an die Schaffung einer *Zollunion*, zu der erste, zaghafte Teilschritte immerhin schon getan sind, so erkennt man auch, daß sie, ob man will oder nicht, *planwirtschaftliche Elemente* impliziert. Die nach unserer sachlich wohlbegründeten Überzeugung beste Lösung, eine *sozialistisch-demokratische Planwirtschaft*, kann, wie wir auch wissen, nicht aus dem Boden gestampft, nicht mit einem Schlag verwirklicht werden. Die theoretisch rein wirtschaftliche Frage ist, wie immer und überall in praxi, aufs engste mit politischen Problemen verbunden. Es kann darauf natürlich in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden. Stellt man aber einmal die Resultate der Nachkriegswahlen in den sechzehn am Marshall-Plan beteiligten Ländern zu-

sammen, so ergibt sich, daß die Zahl der für die *Sozialisten und Kommunisten* abgegebenen Stimmen die für die Rechtsparteien abgegebenen übertrifft (im Verhältnis von etwa 55 zu 45 Prozent). Das ist, wir wissen es wohl, eine Addition auf dem Papier; sie zeigt immerhin, daß die Stimmung (um nicht mehr zu sagen) der Mehrheit der westeuropäischen Menschen sich vom Gedanken der «freien Wirtschaft» abgewandt hat.

Niemand auch braucht uns zu sagen, daß der Verwirklichung der Konzeption eines einheitlichen westeuropäischen Wirtschaftsgebietes im gezeichneten Ausmaß formidable Schwierigkeiten im Wege stehen: unvermeidliche und überflüssig-künstliche oder böswillige Hindernisse, die von innen und die von außen kommen. Von Amerika, das faktisch mit dem Marshall-Plan zwar die planwirtschaftliche Zusammenfassung implicite fordert und fördert, ist Widerstand zum Beispiel gegen «Diskriminierung» zu erwarten, von der Sowjetunion aus verschiedenen Gründen erbitterte Bekämpfung. Und dennoch drängt sich die Idee der Vereinigung Westeuropas als notwendiger und, wie uns dünkt, unter den gegebenen Bedingungen *einzigster Ausweg* aus der Weltwirtschaftskrise auf, als der einzige, der das *Ungleichgewicht*, dessen Ausdruck die Dollarknappheit ist, zu beheben vermag. Es ist eine konstruktive Idee, auf der aufgebaut werden kann. Gelingt der Versuch der Koordination und Kooperation im Rahmen dieser regionalen Wirtschaftsunion, zuerst in Form einer *Gemischtwirtschaft* ähnlich der in England oder den skandinavischen Ländern praktizierten, auf der *erweiterten Stufenleiter*, so dürfte die Einsicht wachsen, sich verbreitern und festeren Boden unter die Füße bekommen, daß der Weltwirtschaftsverkehr anders geregelt werden muß als durch den «Marktautomatismus», was nur ein euphemistisches Wort für *Chaos* ist. Gibt es einen besseren *und gangbaren* Ausweg, so sollte er aufgezeigt werden. Wenn nicht, so wäre es wohl die Aufgabe der sozialistischen Parteien Westeuropas, ihre vereinte Kraft dafür einzusetzen, um dieser Idee zur Verwirklichung zu verhelfen.

Im Städtchen Jarrow, dessen Verhältnisse in sozialer und hygienischer Beziehung sehr viel zu wünschen übrig ließen, haben die von der Labourregierung ergriffenen Sanierungsmaßnahmen besonders schöne Resultate gezeitigt. Die Kindersterblichkeit verminderte sich hier wie folgt: 1934 95,82, 1940 71,7, 1947 39,68. Es ist somit gelungen, in einer Ortschaft, deren Kindersterblichkeit *über* dem Landesdurchschnitt gelegen hatte, sie beträchtlich *unter* diesen Durchschnitt zu senken.

Solche Erfolge verfehlen nicht, auf die Stimmberechtigten Englands einen Eindruck zu machen.

Britische «Neutralität» im jüdisch-arabischen Krieg

Die englische Zeitschrift «*The New Statesman and Nation*» veröffentlicht in ihrer Nummer vom 14. August eine Zuschrift, die u. a. folgende Ausführungen enthält:

Es ist Tatsache, daß die Engländer die *Arabische Legion* nach Palästina gebracht und dort, unter Verletzung eines der Jewish Agency gegebenen Versprechens, in voller Bewaffnung und Ausrüstung kampfbereit zurückgelassen haben.

Es ist Tatsache, daß England nach Ausbruch des Krieges fortfuhr, Transjordanien und Ägypten mit Munition, Waffen und mit jenem Erdöl zu versorgen, welches durch die Pipeline nach Haifa hätte fließen sollen, statt dessen aber arabischen Raffinerien zugeführt worden ist. Der Korrespondent berichtet, er habe persönlich in Jerusalem ein am 6. Juni von der ägyptischen Artillerie abgefeuertes Schrapnell britischer Fabrikation gesehen, mit dem aufgestempelten Herstellungsdatum: 25. April 1948.

Es ist Tatsache, daß das britische Finanzamt die vierteljährlich fällige Subvention zugunsten *Abdullas* (0,5 Millionen Pfund pro Quartal) kürzlich, als die arabischen Truppen keine genügenden Fortschritte mehr machten, zurückgehalten hat, wobei es mitteilte, die Zahlung werde erfolgen, sobald sich die Situation «befriedigend» gestalte. Von diesem Pressionsmittel habe das britische Finanzamt indessen keinen Gebrauch gemacht, als es galt, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Es ist Tatsache, daß die arabische *Luftwaffe* von britischen Offizieren kommandiert wird. Der Korrespondent erklärt, ihr gutes Oxfordenglisch auf kurzen Radiowellen während mehrerer Raids über Tel Aviv gehört zu haben.

Glossen aus dem Leserkreis

Zu Klaus Bühlers Aufsatz «Gibt es einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise?» in Nr. 8 der «Roten Revue» wäre anzumerken, daß «Westeuropa» einschließlich Westdeutschlands an Bevölkerungszahl mit seinen (höchstens!) 270 Millionen Menschen zwar die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion wirklich übertrifft, daß diese Feststellung aber — da von den drei «Blöcken» die Rede ist — zu irreführenden Folgerungen verleiten muß, wenn man vergißt, daß zum Ostblock weitere mindestens 106 Millionen Menschen gehören, die, wie die Dinge jetzt liegen, dem sowjetischen Wirtschaftspotential hinzugerechnet werden müssen. Somit ergeben sich für die drei Blöcke folgende Bevölkerungszahlen (berechnet nach «World Almanac», New York, 1948):

USA	142 Millionen	
«Westeuropa»	250	»
Ostblock	318	» (Sowjetunion allein 212 Millionen)

Außer Betracht gelassen wird dabei noch die Frage, ob es Sinn hat, die Verhältnisse so statisch zu betrachten (Nichtberücksichtigung der Wachstumstendenzen und des Grades der inneren Einheit der Blöcke) und bei der Abwägung der «*man power*» auf die Einbeziehung der Kolonial- und Einflußgebiete zu verzichten, deren jeder der drei Blöcke die seinen in Amerika, Afrika, Australien und Asien besitzt, wenn auch nicht unbestritten von den andern und in verschiedenem Grade der Abhängigkeit. Die feindlichen «Supermächte» in West und Ost sind zudem bereits handfeste Realitäten, während die westeuropäische «dritte Kraft» — gewissermaßen zwischen den Mühlsteinen — unter schwierigsten Bedingungen versuchen muß, es erst zu werden. Diesen tatsächlichen Kräfteverhältnissen gilt es bei der Suche nach dem Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise mit aller Nüchternheit Rechnung zu tragen.

H. K. (Hamburg).